

Wilhelm Hankel

ILLUSIONÄRES KRISENMANAGEMENT

Für das Krisenmanagement in Deutschland wie den übrigen westlichen Staaten scheint es nur einen einzigen Ausweg zu geben: Die Sozialisierung eingefrorener Bankschulden (unter dem Namen „bad bank“) sowie Staatshilfen an konkursreife Unternehmen. Nur so ließen sich die Schäden für Realwirtschaft, Arbeitswelt und Sozialstaat begrenzen. Diese Strategie bildet den Ariadnefaden, an dem sich die westlichen Regierungen orientieren und zugleich das Rettungsseil, an das sie sich klammern.

Deutschlands Bürgern ist höchst unwohl bei dieser Strategie. Die Älteren erinnern sich an die bitteren Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern mit grenzenloser Aufblähung von Staatsschulden und Geldvermehrung: an Inflation, Vermögensverluste, Staatsbankrott und Währungsreform. Den Jüngeren leuchtet nicht ein, warum ausgerechnet die, die am meisten Schuld an der gegenwärtigen Misere tragen, am wenigsten für die von ihnen verursachten Schäden einstehen sollen.

Die Finanzkrise könnte sich schon bald zu einer Legitimationskrise des Westens ausweiten. Der „Washingtoner Konsensus“ (man beschwört ihn in Berlin wie London, Paris und Brüssel), die Welt werde nach der Beseitigung des „Betriebsunfalles“ Weltkrise wieder weiter so laufen wie vor dem, kommt in den neuen Schwellenländern nicht an. Dort wachsen die Zweifel an einer „Globalisierung“, die nur ein anderes Wort für die Abhängigkeit ihrer Märkte vom Westen und deren Leitwährung, dem US-Dollar, ist. Man will weder Zulieferbetrieb noch Bankier des Westens sein.

Das westliche Krisenmanagement unterliegt einer Illusion, wenn es glaubt, die Folgen der Krise ohne Beseitigung ihrer Ursachen „wegzaubern“ zu können. Wer den Konkursrichter suspendiert, setzt nicht nur unverzichtbare marktwirtschaftliche Prinzipien (und Werte wie Haftung, Verantwortung, Schadensersatz) außer Kraft; er paralyisiert mit den Motiven zugleich die Motoren der marktgesteuerten Selbstregulierung.

Die Kritik an den staatlichen Rettungspaketen hat nichts mit den Pseudo-Argumenten neoliberaler Markt-Radikaler zu tun. Nicht die Relikte des Staatssozialismus (laut Roland Bader sind das im Staatsauftrag tätige

Zentralbanken) haben die Krise ausgelöst, sondern die wüsten Spekulationsorgien der Hochfinanz. Banken und Hedgefonds haben mit ihren „innovativen“ und sich jetzt als „toxischer Giftmüll“ entlarvenden Finanzprodukten sich und ihre Kunden ins Unglück gestürzt. Nicht „zuviel Geld“ hat diese Katastrophe ausgelöst, sondern „zuviel Kredit“. Wer dennoch den Staat als Krisenauslöser bezeichnet und als Störfaktor eliminieren will, ist noch realitätsblinder als die Aufsichtsorgane an den Geld- und Kapitalmärkten, die die Krise erst wahrnahmen, als sie ihre ersten Opfer forderte.

Ist es Selbsttäuschung oder Täuschung, wenn die Politik ihren Stammwählern eine Einigkeit vorgaukelt, die es in der Sache nicht gibt? Den einen geht es um die Rettung des „Kapitals“, während die anderen Arbeitsplätze und den Sozialstaat sichern wollen. Glaubt wer im Ernst, die Krise begründe einen neuen Solidarpakt zwischen Kapital und Arbeit? Der Wahrheit näher kommt, dass jede der beiden Seiten die andere zur Kasse bitten will. Nur: Hier liegt die Selbsttäuschung der Linken. Das Geld für die Rettung aus der Krise muss von den kleinen Leuten aufgebracht werden, Sparern und Steuerzahlern. Das Großkapital hat nichts zu verlieren als seine Schulden!

Beide Seiten betrügen sich selbst, wenn sie glauben, mit der Umwandlung von Privatkapital und Privatschulden in „Volkseigentum“ ließe sich etwas an den Folgen der Krise ändern. Das künftig unter Staatskuratel arbeitende Management „sanierter“ Banken und Unternehmen hat (selbst wenn es tüchtiger wäre als das alte) keine andere Wahl, als weiter zu machen, wo ihre Vorgänger aufgehört haben. Es steht unter demselben Krisen- und Kostendruck. Die Banken senken ihre Zinsen nicht, die Unternehmen entlassen Leute statt neue einzustellen und drücken die Löhne. Die Verstaatlichung ändert nichts an den realen Problemen der Krise.

Muss man deswegen tatenlos abwarten, bis sich die Krise unter Hinnahme schmerzhafter und politisch explosiver Vermögens-, Einkommens- und Beschäftigungsverluste von selber löst? Durchaus nicht – einem realistischen und kompetenten Krisenmanagement stehen genügend frühere Erfahrungen und gesicherte Erkenntnisse zur Verfügung. Gehen Krisen, wie die meisten, vom Realsektor (also Firmenzusammenbrüchen) aus, ist der Staat gefordert, die volks-wirtschaftliche Großwetterlage, die Einflussfaktoren für das Investitions- und Konsumverhalten zu verbessern.

Doch die gegenwärtige Finanzkrise hat andere Ursachen. Sie geht vom globalen Finanzsektor aus, dessen scheinbar „innovative“ Produkte und –techniken haben sie ausgelöst. Die Erfinder, die im Markt führenden Spitzeninstitute und ihre Manager, haben auf fatale Weise den Dynamitgehalt (die Risiken) ihrer eigenen Erfindungen unterschätzt, sowohl zum Schaden sowohl für ihre Institute wie die Gesellschaft. So etwas darf sich nicht wiederholen, soll nicht diese Krise gleich zur nächsten überleiten. Drei Forderungen, letztlich basierend auf Uralt- Erkenntnissen der Wissenschaft, sind an Politik, Gesetzgebung und die Bankwelt selber zu richten.

Erstens, Kredite sind weitergeleitete Ersparnisse (Übertragungen „realer“ Kapitalbildung an Fremdkapital suchende Investoren); daher können (und dürfen sie) nicht durch Bankgeschäfte „auf dem Papier“ (unkontrollierte Interbankkredite) und spekulative Geldanlagen ersetzt werden. Zweitens: Die legitimen Gewinne der Banken kommen nicht aus dem (in aller Regel) spekulativen Finanzgeschäft; sie werden in der „realen“ Wirtschaft verdient, denn die Bankzinsen bezahlen die Unternehmen aus ihren Gewinnen. Wird im Finanzgeschäft mehr verdient als in der Realwirtschaft (was über ein Jahrzehnt lang vor der Krise der Fall war), müssten bei allen Verantwortlichen die Alarmglocken schrillen. Denn das besagt immer, dass Kapital fehlgeleitet und verschwendet wird. Daraus folgt drittens als Richtschnur für eine sachgerechte Politik, für Finanzgesetzgebung, aber auch das Bankmanagement selber: Die Finanzwirtschaft darf sich niemals von der Realwirtschaft abkoppeln und ein Eigenleben ohne wirtschaftliche Berechtigung und soziale Verantwortung führen. Dem hat die geplante Neue Finanzarchitektur global wie national (bzw. EUweit) Rechnung zu tragen. Versäumt sie den Auftrag oder schiebt ihn auf die lange Bank, ist die nächste Krise programmiert, womöglich bevor die jetzige endet!

Die Unglaubwürdigkeit des deutschen Krisenmanagements zeigt sich darin, dass es die Schädiger belohnt, statt den Geschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen. Ein Bruchteil der für die Banken- und Firmenrettung aufgebrauchten Staatsgelder und –bürgschaften würde ausreichen, die Verluste der geschädigten Käufer von Bankschuldverschreibungen, Zertifikaten und Derivaten auszugleichen.

Marktwirtschaft, Geldsystem und Sozialstaat würden mitnichten unter der Last einiger spektakulärer Konkurse von Banken und Konzerne oder dem

Ausfall überzähliger Landesbanken zusammenbrechen. Diese Konkurse stellen weit mehr Strukturbereinigung als Systemrisiko dar. Letzteres wäre nur der Fall, wenn das Bankennetz zerrisse oder der Kredit- und Zahlungsverkehr wie bei einem Stromausfall zum Erliegen käme. Doch das ist nicht der Fall. Politik wie die Banken sollten sich erinnern, was Kreditinstitute der Funktion (wenn auch nicht der Rechtsform) nach sind: Auszahlungsagenturen der staatlichen Zentralbank. Im Extremfall käme es auf diese an. Sie könnte sogar das Direkt-Kundengeschäft übernehmen und (laut Kreditwesengesetz) die Zinsen und Verdienstspannen der Banken regulieren. Die Bankwelt hätte im Fall eines Boykotts schlechte Karten, was frühere Bankchefs wussten, heutige offenbar nicht immer.

Ebenso ist es Kapitalverschwendung, Arbeitsplätze retten zu wollen, die sich nicht halten lassen, weil sie sich nicht rechnen. Wo aber liegt die Alternative? In der ersten Großen Koalition (sie liegt über 40 Jahre zurück) demonstrierte das Duo Karl Schiller/Franz Josef Strauß, mit welchem durchschlagendem Erfolg der Staat als öffentlicher Investor das Konjunkturklima aufhellen und Nachfrage für neue Arbeitsplätze schaffen kann. Damals wurden so über eine Million Arbeitsplätze in annähernd zwei Jahren (1967/68) neu geschaffen. Zwei Drittel aller öffentlichen Infrastruktur werden in Deutschland von Städten und Gemeinden getätigt. Es sind die Investitionen, die Lebensqualität der Bürger nachhaltig verbessern: Krankenhäuser, Schulen, Nahverkehr, Abwässerbereinigung, Straßenbeleuchtung, Bibliotheken usw. All dies liegt im Argen, doch die Krise zeigt, wie viel Geld dafür mobilisiert werden könnte. Das Grundgesetz schreibt diese Aktivitäten sogar vor: in den Artikeln 91 (Gemeinschaftsaufgaben) und 115, wie sie zu finanzieren sind: über Kredite.

Das Ross ist gesattelt, wo bleibt der Reiter?